

NEWSLETTER

Gudrun Pieper MdL

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

Inhalt

Neuigkeiten.....	Seite 1
Aus dem Plenum.....	Seite 2
Aus dem Sozialausschuss.....	Seite 3
Aus dem Europaausschuss.....	Seite 4
Unterwegs.....	Seite 5-6



Dieselfahrverbote und Stickoxidgrenzwerte

„Wo Ideologie unterwegs ist, da braucht man keine Fakten. Da reichen willkürlich gezogene Grenzwerte, um eine ganze Volkswirtschaft an den Rand des Wahnsinns zu treiben“, erklärte unser CDU umweltpolitische Sprecher Martin Bäumer zu Beginn der aktuellen Stunde über Dieselfahrverbote und Stickoxidgrenzwerte im Landtag.

Die ganze Debatte führen wir, weil die Autos den von der EU festgelegten Grenzwert von 40 mcg pro Jahr nicht einhalten. Dabei gilt für Büros ein Grenzwert von 60mcg und für Arbeitsplätze in der Industrie ein Grenzwert von 950 mcg. Selbst Lungenärzte vom Fachverband DGP kritisierten, dass ´die Grundtatsachen der Biologie in dieser Debatte leider missachtet werden´ und Prof. Dr. Dieter Köhler, Schmallenberger Lungenfacharzt, führt aus: „Die Debatte ist völlig überzogen und wird hysterisch geführt“. Insgesamt haben sich bereits 107 Lungenfachärzte gegen die Grenzwerte und zu befürchtenden Fahrverbote ausgesprochen und Prof. Dr. Köhler wird demnächst auch in Brüssel aufgrund einer Einladung als Experte seine Sach- und Fachkenntnis einbringen.

Die Luft in Deutschland ist so sauber wie seit Jahrzehnten nicht. Deshalb ist die aktuelle Diskussion um Feinstaub, schärfere Grenzwerte für Kohlendioxid, die Dieseldieseltechnologie und damit verbundenen Fahrverbote technologisch, umweltpolitisch und beschäftigungspolitisch unverantwortlich,

vernichtet Arbeitsplätze und gefährdet den Industriestandort Deutschland. Die Luftmessungen müssten daher überprüft werden und statt Fahrverbote sollte es ein Moratorium geben, um detaillierte Konzepte zu entwickeln.

Wir als CDU in Niedersachsen setzen auf eine kluge Politik. Auf eine Optimierung des fließenden Verkehrs, den Ausbau der digitalen Verkehrssteuerung, die Umrüstung der Fahrzeugflotten, Leasingfahräder für den öffentlichen Dienst sowie die Weiterentwicklung von ÖPNV- und Carsharing-Konzepte“, so der Umweltpolitiker Bäumer in der Debatte. Verkehr und die Emissionen sollten ganzheitlich bewertet und nicht nur isoliert auf einzelne Schadstoffwerte gestarrt werden. Deswegen werden wir auch die Bundesregierung auffordern, eine wissenschaftliche und interdisziplinär besetzte Kommission einzusetzen, die die bestehenden Stickoxid-Grenzwerte überprüft. Eine abschließende toxikologische Bewertung soll die tatsächliche Gesundheitsgefährdung der Menschen klären. Darüber hinaus müssen die Messstellen in Deutschland schnellstmöglich überprüft und gegebenenfalls neu positioniert werden. Einheitliche europäische Standards sind zu entwickeln.

Resümee: Schluss mit der elenden Verbotskultur. Wir brauchen technische Innovationen, eine technologie-offene Debatte und ein Moratorium anstelle von Fahrverbote.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,


mit Elan sind wir ins Jahr 2019 gestartet:


Wir waren zu Gast bei zahlreichen Neujahrsempfängen und besuchten Jahreshauptversammlungen. In Hannover starteten wir in der zweiten Kalenderwoche mit Ausschusssitzungen und haben schon wieder eine spannende Plenarwoche hinter uns. Darüber wollen wir Sie in unserem heutigen Newsletter informieren.

Auch im Jahr 2019 freuen wir uns auf viele Begegnungen mit Anregungen von Ihnen.

Was sonst noch geschah?
Lesen Sie unseren Newsletter.

Herzlichst Ihre Landtagsabgeordneten


Dr. Karl-Ludwig von Danwitz


Gudrun Pieper



Herausgeber:

Gudrun Pieper MdL	Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL
Hauptstraße 9	Poststraße 11
29690 Schwarmstedt	29640 Schneverdingen
Tel.: (05071) 800 25	Tel.: (0172) 48 21 40 6
info@gudrunpieper.de	info@von-danwitz.com



Aus dem Plenum

Bessere Rahmenbedingungen für die Windenergiebranche

Anlässlich der abschließenden Beratung des Entschließungsantrags von CDU und SPD zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Windenergiebranche fordert unser energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Axel Miesner, eine stärkere Auseinandersetzung mit Niedersachsens zukünftig wichtigstem Energiesektor. „Fakt ist, dass wir den Ausbau durch verlässliche Rahmenbedingungen und einer besseren Verwertung des sogenannten Überschussstroms absichern müssen, damit wir Arbeitsplätze erhalten und den Ausstieg aus der Kernkraft und auch aus der Kohle schaffen“, so Miesner.

Niedersachsen hat als das Bundesland mit der größten Windenergiegewinnung bundesweit eine Sonderstellung: Insgesamt werden 11.000 Megawatt allein durch Windkraftanlagen gewonnen, allerdings befindet sich die gesamte Branche mit 56.000 niedersächsischen Arbeitsplätzen durch rückgehende Aufträge und veränderte Rahmenbedingungen in der Krise.

Um diesem rückläufigen Trend entgegenzuwirken, wollen wir in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die von den Ländern geforderten Sonderausschreibungen für Windenergie endlich umsetzen. Auch bei der Verfügbarkeit der heutigen Leistung von etwa zehn Kernkraftwerken müsse nachgebessert werden: Nicht nur die Stromtrassen müssten weiter ausgebaut werden, auch der Überschussstrom müsse effizienter verwertet werden. „Wir wollen die Sektorenkopplung mit Elektromobilität, Power-to-Gas, Wasserstoff und synthetischem Erdgas mehr in den Fokus rücken. „Ebenso müssen wir darauf Wert legen, dass die Akzeptanz vor Ort verbessert wird. Ein Weg ist die Beteiligung von Stadt und Gemeinden an der Wertschöpfung der Windkraftanlagen,“ so Miesner abschließend.

Zur geplanten Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung:

CDU-Fraktionsvize Ulf Thiele: „Die Koalition in Niedersachsen aus CDU und SPD garantiert mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die niedersächsische Landesverfassung einen dauerhaften Schuldenstopp. Wir setzen damit unsere generationengerechte Haushaltspolitik konsequent fort. Der Dank der CDU-Landtagsfraktion gilt vor allem Finanzminister Reinhold Hilbers, der bereits in seinem ersten Amtsjahr in den Abbau von Altschulden eingestiegen ist und mit dem Haushalt 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung 2018-2022 erstmals seit Jahrzehnten eine dauerhaft strukturell ausgeglichene Finanzplanung vorgelegt hat, die ohne Schuldenaufnahme, Veräußerungserlöse und Rücklagenentnahmen auskommt. Die Große Koalition in Niedersachsen hat zugleich die Investitionen erhöht, die verdeckte Verschuldung des Landes beendet sowie vorsorgende Sondervermögen für zukünftige Investitionen aufgebaut. Das Land ist finanzpolitisch damit auf einem guten Kurs!

Vorstellungstermin Polizeipräsident Thomas Ring



Am Rande des Plenums hat sich der seit dem 18. Dezember 2018 für die Polizeidirektion Lüneburg zuständige Polizeipräsident Thomas Ring den Abgeordneten seiner Region vorgestellt. Er ist Chef der Polizei für 1,3 Mio. Menschen in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Uelzen, Celle, Heidekreis, Harburg, Rotenburg und Stade. Es soll ein regelmäßiger Dialog mit den Abgeordneten stattfinden, insbesondere zu den Themen Personalstärke, baulicher Zustand der Polizeimmobilien, Ausstattung, sowie tatsächlicher und gefühlter Sicherheit. Die gute Zusammenarbeit ist ihm wichtig und er wird ebenfalls demnächst mit den zuständigen Landräten Gespräche führen.



Mit der niedersächsischen Schuldenbremse gehen wir nun den nächsten wichtigen Schritt für einen dauerhaften Schuldenstopp. Wir wappnen uns damit auch für die kommenden Jahre, in denen sich niedrigere Wachstumsraten und damit geringere Einnahmewachse des Landes abzeichnen. Unsere Botschaft ist klar: Wir gehen mit dem Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll um, wir lösen unser Wahlversprechen ein und wir machen keine Politik zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder.



Aus dem Sozialausschuss

Massive Kritik an Pflegekammer Thema der Aktuellen Stunde

Wir als CDU haben schon immer vor Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträgen in der Pflegekammer gewarnt. Im Jahr 2016 wurde im Niedersächsischen Landtag das Kammergesetz beschlossen, gegen die Stimmen der CDU. Vorausgegangen war unsererseits eine Befragung im Jahre 2013, die deutlich zum Ausdruck brachte, dass 47% der Pflegekräfte eine Pflichtmitgliedschaft mit Beitragspflicht ablehnten, 42% äußerten sich teilweise positiv. Bei Besuchen in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern wurde die Diskrepanz noch deutlicher: Pflegekräfte in Krankenhäusern standen der Möglichkeit eine Kammer einzurichten eher positiv gegenüber, Pflegekräfte in den Pflegeeinrichtungen lehnten diese kategorisch ab, ebenso die Pflegekräfte in den ambulanten Einrichtungen. Die Gründe waren vielfältig. Zum einen wären nicht alle in der Pflege Tätigen in der Kammer vertreten, lediglich 50%, zum anderen wird die Kammer durch die Zwangsmitgliedschaft die Probleme der Pflegenden mit Blick auf Entlohnung oder Arbeitszeitbelastung der Pflegenden nicht lösen, da dies im Bereich der Tarifautonomie in der Verantwortung der Gewerkschaften liegt. Unsere damaligen Anmerkungen hierzu: Richtungsweisender wäre

ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Soziales, Abbau der bürokratischen Hemmnisse, mehr Zeit für Pflege und nicht die stark einschränkenden Zeitvorgaben, die sich letztendlich in der Pflegevergütung widerspiegeln. Aus diesem Grunde haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, 2020 eine Evaluation durchzuführen. Nun hat es die erwarteten massiven Proteste gegeben. Über 46.000 Unterschriften bei einer Online-Petition, davon über 41.000 aus Niedersachsen und über 4.500 Eingaben an den Landtag sprechen eine klare Sprache. Diese Proteste der Pflegenden müssen wir sehr ernst nehmen. Wir wollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Evaluation der Pflegekammer und das Ergebnis bis Juni 2020 vorlegen. Durchgeführt werden muss sie von unabhängigen Experten. Mit einer qualifizierten Befragung könnten die Zwangsmitglieder der Kammer eingebunden werden. Gemeinsam müssen wir prüfen, wie unsere Pflegekräfte eine starke Vertretung bekommen, die von ihnen gewollt ist und ihr Vertrauen genießt. Und danach müssen wir entscheiden, wie es mit der Pflegekammer weitergeht. Uns eint: Pflege benötigt eine starke Stimme und unsere Unterstützung durch Gesellschaft und Politik!

Kinderärztliche Versorgung im Heidekreis

Die aktuelle Entwicklung betreff der kinderärztlichen Versorgung im Heidekreis nehmen wir zur Kenntnis und begrüßen es, dass sich die Kinderärzte im Heidekreis mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Verden (KVN), dem Landesverbandsvorsitzenden des Berufsverbandes und der Obfrau für den Bezirk Verden getroffen haben, um die Versorgungssituation im Heidekreis zu erörtern.

Wir erinnern uns: Bereits im November 2018 haben sich auf Einladung der Abgeordneten die Vertreter der KVN am Rande des Plenums getroffen, um die Problematik der kinderärztlichen Versorgung im Heidekreis zu thematisieren. Insofern ist es gut, dass jetzt Taten folgen und wir hoffen, dass wir baldmöglichst die Lösung haben. Intensive Werbung ist der erste Schritt. Weitere müssen folgen!



Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung



Die auf Antrag von CDU und SPD eingereichte Enquetekommission "Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung" hat sich konstituiert. Ich freue mich, dass ich in dieser Kommission als Mitglied für die CDU-Landtagsfraktion tätig sein darf, um zukunftsfähige Lösungen in der medizinischen Versorgung zu erarbeiten, die uns gerade hier vor Ort seit Jahren thematisch

beschäftigen. Bereits mit dem Modellprojekt Gesundheitsregion haben wir versucht, Möglichkeiten zu entwickeln, nur sind die Ergebnisse nicht überall zufriedenstellend. Insofern wollen wir sehr detailliert und konzentriert mit unseren Experten und der wissenschaftlichen Begleitung daran arbeiten, dass auch im Sommer 2020 ein Bericht vorliegt, wie wir die medizinische Versorgung verbessern können.

Gudrun Pieper



Aus dem Europaausschuss

Veranstaltung „Sozial-innovative Projekte EU-Fördermöglichkeiten nach 2020“

Bei einer Mittagsveranstaltung in der Landesvertretung in Brüssel zum Thema „Sozial-innovative Projekte EU-Fördermöglichkeiten nach 2020“, die Niedersachsen gemeinsam mit dem Büro der Diakonie in Brüssel durchführte, stellten sozial-innovative Projekte aus Niedersachsen und Berlin ihre Projektideen, deren Umsetzung und die bisher gemachten Erfahrungen vor. Es ging bei dem niedersächsischen Projekt um die langfristige Verbesserung der Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen in den beteiligten Dörfern. Das vorgestellte Berliner Projekt beinhaltete die moderne Personal- und nachhaltige Organisationsentwicklung durch die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Strukturen und die Förderung der Innovationsfähigkeit im Unternehmensverbund von Einrichtungen der Diakonie.

Im Anschluss an die Projektpräsentation diskutierten Vertreter der EU-Institutionen mit der Leiterin der „Stelle für soziale Innovationen“ der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen. Gemeinsam wurden künftige Herausforderungen und die entsprechenden Pläne der EU-Kommission beraten. Da Niedersachsen hier über viel-

fältige Erfahrungen verfügt, war das Wissen der Expertinnen aus Niedersachsen gefragt und konnte in die laufende Diskussion über den EU-Haushalt ab 2021 und die künftige Ausrichtung der EU-Förderung eingebracht werden.

Der Europaabgeordnete und langjährige Experte im Bereich der Kohäsionspolitik Lambert van Nistelrooij betonte, dass die soziale Frage eine ganz zentrale europäische Frage sei. Das Ziel der EU ist wieder aktueller und wichtiger geworden.

Referatsleiter Egbert van Holthuis aus der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der EU-Kommission bestätigte, dass Niedersachsen im Hinblick auf soziale Innovationen sehr weit vorne liege – entscheidend sei dabei die ausgeprägte Partnerschaftskultur. Darüber könnten auch geringe Fördermittel strategisch sinnvoll eingesetzt werden. Die Förderung von sozialen Innovationen sei nicht die einfachste Lösung, um EU-Gelder einzusetzen - was Niedersachsen da mache, sei aber „sehr gut“. Wir werden weiter daran arbeiten, dass unsere innovativen Projekte weiterhin förderfähig bleiben, denn gerade in der Pflege stehen wir vor großen Herausforderungen.

Brexit gefährdet Fischindustrie in Niedersachsen

Der durch einen ungeregelten EU-Austritt Großbritanniens entstehende Verlust umfangreicher Zugangsrechte zu britischen Gewässern bedroht nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion die gesamte Fischfangindustrie in Niedersachsen. In einem Entschließungsantrag haben die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD die Landesregierung nun aufgefordert, sich für einen Erhalt der bestehenden Zugangsrechte auch nach dem 29. März einzusetzen. Bereits im Ausschuss haben wir das Thema hinreichend erörtert und schauen mit Sorge auf beispielsweise 40 Fischbetriebe allein am Standort Cuxhaven mit 1.400 Mitarbeitern. In seiner Rede machte der Cuxhavener CDU Abgeordnete Thiemo Röhler deutlich, wie wichtig dieser Wirtschaftszweig ist. Über 60 Prozent ihrer pelagischen Fänge machen die Betriebe in der britischen Außenwirtschaftszone. Kommt es zum harten Brexit, könnten die Beschäftigten ihren Beruf faktisch nicht mehr ausüben. Während der Fisch in britischen Gewässern zu finden sei, finde seine Verarbeitung vor allem auf dem europäischen Festland wie in Cuxhaven statt. Die Fischer müssten nach Norwegen ausweichen, wo gerade keine pelagischen Fänge zu erzielen sind. „Die skizzierten Folgen machen deutlich, dass es nur Verlierer beim Brexit gibt. Ebenso machen sie deutlich, wie unverantwortlich populistische, demagogische und nationalistische Politik ist,“ so Röhler abschließend.

Ausblick auf EU- Agrarpolitik bis 2030

Die EU-Kommission hat ihren neuen Ausblick auf die EU-Agrarpolitik bis 2030 vorgelegt. Anlass war eine zweitägige Konferenz in Brüssel.

Den Prognosen zufolge wird ein verändertes Konsumverhalten die europäischen Agrarmärkte in den kommenden zwölf Jahren grundlegend zu einer Neugestaltung drängen. Betroffen von dieser Umformung sind neben Obst und Gemüse sowie Milch und Milcherzeugnissen vor allem Fleisch und Ackerfrüchte. Ausschlaggebend für eine solche Umorientierung dürfte insbesondere der gesellschaftliche Anspruch sein, der künftig weit mehr als bisher auf den Ursprung von Lebensmitteln und die mit deren Herstellung verbundenen Umweltbelastungen fokussiert ist.

Der 126-seitige Bericht nimmt sich im Detail die verschiedenen Agrar-Sektoren vor und erläutert deren Status Quo sowie die voraussichtlichen Entwicklungen neben Statistiken zur Landwirtschaft auch anhand von interaktiven Instrumenten.

Folgt man der Prognose der Kommission, ist zum Beispiel davon auszugehen, dass der Fleischkonsum in der EU von derzeit 69,3 Kilogramm pro Kopf und Jahr auf wahrscheinlich 68,6 Kilogramm im Jahr 2030 sinken wird. Das gelte sowohl für den Schweinefleisch- als auch für den Rindfleischverzehr. Bei Geflügel ergebe sich indes ein anderes Bild: Die Kommission geht von einer **Steigerung** bei der EU-Produktion aus – von derzeit 14,2 Mio. Tonnen auf 15,5 Mio. Tonnen im Jahr 2030. Interessant dürfte auch eine andere Erkenntnis im Ausblick sein: Zwar geht die landwirtschaftliche Nutzfläche in der Europäischen Union langsamer zurück als in der vergangenen Dekade; dennoch kommt es laut Prognose zu einem Rückgang der Fläche von aktuell 178 Mio. Hektar auf 176 Mio. Hektar in zwölf Jahren.

Generell müssen wir aufpassen, dass in Deutschland nicht eine „Überregulierung“ stattfindet oder unterschiedliche Standards in den Mitgliedsstaaten entstehen!

Gudrun Pieper



Unterwegs

Besuch bei AgraForUm in Benefeld

Unsere Landwirtschaft steht vor vielen großen Herausforderungen. Dem hat sich die AgraForUm Unternehmensgruppe in Benefeld angenommen und sich auf natürliche Produkte für den Einsatz in der Landwirtschaft spezialisiert. Die Geschäftsführer Prof. Dr. Thomas Hüster und Christian Weiß haben mich bei meinem Besuch über die neusten Entwicklungen informiert. Regelmäßig reisen sie zu Geschäftspartnern nach China und Kalifornien. Auch in Südafrika, Südamerika und Vietnam haben sich ihre Produkte bereits einen Namen gemacht. Doch damit sieht sich das Benefelder Unternehmen erst am Anfang.

Spätestens seit dem letzten Rekordsommer kämen die Landwirte vermehrt auf AgraForUm zurück und seien bereit, ihre bisherige Strategie beim Einsatz von Düngern und Pestiziden zu überdenken. Der von AgraForUm entwickelte und patentierte Pflanzenextrakt ComCat® trage nachweislich zur Stärkung von landwirtschaftlichen Kulturpflanzen bei, fördere die Stressresistenz und erhöhe die Erträge. Gleichzeitig könne der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und synthetischen Düngern deutlich reduziert werden.

Für 2019 steht nun die Errichtung einer neuen Produktionshalle im Benefelder Gewerbegebiet an. Zudem soll die Vermarktung der Produkte weiter vorangetrieben werden. Ich bin beeindruckt von der Innovationskraft des Unternehmens. AgraForUm scheut sich nicht davor gewohnte Wege zu verlassen, um so neue Märkte zu erschließen. Sie machen damit deutlich, dass zukunftsorientierte ökologische Strategien im heutigen Zeitalter unabdingbar sind.

Guðrun Pieper

100 Jahre Frauenwahlrecht



Die Klausurtagung des CDU-Landesvorstandes nahmen wir zum Anlass 100 Jahre Frauenwahlrecht zu feiern. Vor 100 Jahren durften Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen. Sie gingen mit Hut zur Wahl.

Heute prägen Frauen unsere Partei vom Ortsverband bis zum Bundesvorstand. Und wir werben ständig um neue weibliche Mitglieder in unserer Partei. Unsere starken Frauen sind dabei die besten Werbeträgerinnen.

Guðrun Pieper

Im Gespräch mit der Deutschen Post

Zahlreiche Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei der Briefzustellung in der Samtgemeinde Schwarmstedt beschäftigt bereits seit längerem den Samtgemeinderat. Ich nahm das jetzt zum Anlass, die Deutsche Post AG um eine Stellungnahme zu bitten. Gemeinsam mit dem CDU-Samtgemeindeverbandsvorsitzenden Henrik Rump trafen wir den Regionalen Politikbeauftragten Stephan Siekmann zu einem persönlichen Gespräch.

Stephan Siekmann erklärte uns, dass Massensendungen, wie die Dialogpost, andere Beförderungszeiten als gewöhnliche Briefe haben. Diese dürfen sogar bis zu vier Tage unterwegs sein. Der gewöhnliche Brief wird jedoch immer sofort und somit schnellstmöglich zugestellt. Dabei gilt nur der Poststempel als Anhaltspunkt, wenn es darum geht festzustellen, ob Briefe verzögert ankommen.

Laut Stephan Siekmann habe sich die Zustellsituation in der Samtgemeinde allerdings wieder stabilisiert. Die zuletzt aufgetretenen Probleme, sowohl bei der Brief-, als auch bei der Paketzustellung in Schwarmstedt, sollten nun weitestgehend behoben sein.

Außerdem hat die Deutsche Post mit der Einrichtung eines zusätzlichen Zustellbezirks Maßnahmen ergriffen. Wir werden dies beobachten.

Guðrun Pieper



Richtfest im Serengeti-Park



Der Serengeti Park Hohenhagen hat kürzlich Richtfest seines neuen Restaurants gefeiert. Nach viermonatiger Bauzeit steht nun bereits der Rohbau. Mit völlig neuer Karte und gehobener Küche will der Freizeitpark vermehrt Gäste aus der Region gewinnen, die nur das Restaurant besuchen möchten.

À-la-carte-Gerichte sind ebenso vorgesehen wie ein großer Bereich für Essen vom Buffet. Dazu kommen 150 zusätzliche Sitzplätze. So ist der Park bestens auf steigende Besucherzahlen eingestellt.

Guðrun Pieper



Unterwegs

"Meine CDU 2022": Klausur in Walsrode

Am 18. und 19. Januar trafen der Landesvorstand der CDU in Niedersachsen, die Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordnete, sowie die Kreisvorsitzenden der CDU in Niedersachsen zu seiner traditionellen Klausurtagung in Walsrode zusammen.

Der politische Jahresauftakt diente vor allem dazu, sich auf die anstehende Europawahl am 26. Mai 2019 und auf die vielen Bürgermeister- und Landratswahlen einzustimmen. Außerdem stellte unser Generalsekretär Kai Seefried das Parteiprogramm „Meine CDU 2022“ vor.

es in der heutigen Zeit nicht mehr nur um die Frage „Europa ja oder nein“ geht, sondern auch darum, was für ein Europa es sein wird und mit welchen Werten.



Weitere Redner waren der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn, und CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak. Für uns Abgeordnete ist die Klausur auch eine gute Gelegenheit, das eigene Netzwerk zu pflegen und mit guten Gesprächen und neuen Anregungen in das gerade begonnene Jahr einzusteigen.



Das Thema Europa war mehrfach Thema der Klausur. Der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz referierte über die „Rahmenbedingungen, die Europa beschäftigen“. Unser Spitzenkandidat für die Europawahl David McAllister bekräftigte, dass die CDU wieder stärkste Kraft werden wird - von Niedersachsen bis zur EVP in Brüssel. Er machte deutlich, dass



*Gudrun Pieper und
 Dr. Karl-Ludwig von Danwitz*

Weihnachtsbesuch bei der Polizei



Es ist schon zur Tradition geworden, mein weihnachtlicher Besuch bei der Polizei. Im letzten Jahr habe ich das Polizeikommissariat Walsrode besucht, um mich für den unverzichtbaren Einsatz der Polizeibeamten, stellvertretend für viele andere Berufsgruppen, wie Krankenschwestern, Altenpflegern, Ärzten und anderen für ihre Arbeit, auch an den Weihnachtsfeiertagen, zu bedanken. Unsere Polizisten sind der Garant für Sicherheit. Auch über die Feiertage sind sie rund um die Uhr im Einsatz.

Gudrun Pieper

Besuch der

Grünen Woche in Berlin

Auf geballte Frauenpower können wir Christdemokraten uns sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene, verlassen.

Mit Julia Klöckner und Barbara Otte Kinast haben wir zwei kompetente Frauen im Ministeramt für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Bei meinem Besuch der Grünen Woche konnte ich Julia Klöckner bei einem kurzen Treffen meine wichtigsten Bitten und Punkte der Agrarpolitik mitgeben. Mit unserer Ministerin Barbara Otte Kinast verbindet unsere Fraktion eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Der CDU und der zuständigen Verbraucherschutzministerin Otte-Kinast liegt eine gesunde Ernährung am Herzen: Wir wollen, dass die Menschen gesunde Lebensmittel und deren Verarbeitung kennenlernen.

Ebenso die Wertschätzung der Lebensmittel und der damit verbundenen Berufsbilder Haus- und Landwirtschaft.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

